

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Martin Harms
Ausschussmitglied Helmut Möhle

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Detlef Schön
Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner
Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Ausschussmitglied Dr. Günther Schulte

Dezernent

Stadtbaurat Oliver Leinert

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Volker Hasenmüller
Grundmandat Thorsten Moriße
Ausschussmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Fachbereichsleitung 61 Frank Amerkamp
Stellv. Fachbereichsleiter Hennig Winde
Protokollführer Joachim Noack

als Gast

Herr Gerdes (Spar&Bau)
Herr Gieselmann (Stadtplaner)
Herr Dr. Jens Gaul
Herr Frank Rademacher (Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH)

Herr Roth (Marinemuseum)

Bauordnungsamt

Fachbereichsleitung 63 Niksa Marusic

Fachbereich Kommunikation & Koordination

Fachbereich 13 Julia Muth

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 30.05.2017 und 08.08.2017
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung **248/2017**
-Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke)
Erneuter Aufstellungs- sowie Entwurfsbeschluss
- 4.2 Bebauungsplan Nr. 151 **249/2017**
-Deutsches Marinemuseum-
Aufstellungsbeschluss
- 4.3 Antrag der SPD-Fraktion: "Stopp des Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der Friedenstraße" **526/2017**
- 4.4 Verabschiedung einer Resolution betreffend Fernverkehrsanbindung Wilhelmshaven **270/2017**
- 5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss
- 5.1 Einführung und Anerkennung des **268/2017**
Niedersachsentickets im Stadtverkehr
Wilhelmshaven ab 01.01.2018
- 5.2 Erweiterung des Liniennetzes der Stadtwerke- **269/2017**
Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH;
neue Linie 5 ab 01.10.2017
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Tourismuskonzept - Vorstellung des Entwurfs
- 6.2 Südzentrale
- 7 Öffentliche Anhörungen

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Schön** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr **Schön** gab den Vorsitz an Herrn Störmer ab und stellte daraufhin den Antrag, den TOP 4.5 der ursprünglichen Tagesordnung (Antrag der SPD-Fraktion „Stopp des Planfeststellungsverfahrens zum Durchbau der Friedenstraße“ (Vorl.-Nr. 526/2017)) zu vertagen.

Herr **Leinert** erklärte, dass die Verwaltung diesen TOP zurückzieht. Er führte weiterhin aus, dass die TOP 4.3 und 4.4 der ursprünglichen Tagesordnung lediglich Vorlagen an den Verwaltungsausschuss seien und daher als TOP 5.1 und 5.2 behandelt würden.

Frau **Weinstock** erklärte, dass sie mit der Vertagung des TOP 4.5 nicht einverstanden sei.

Herr **Leinert** antwortete, dass dies unerheblich sei, da dieser TOP seitens der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Herr **Störmer** bat daraufhin um Abstimmung über die geänderte TO.

Die geänderte Tagesordnung wurde mehrheitlich bei 1-Nein-Stimme (Frau Weinstock) angenommen.

3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 30.05.2017 und 08.08.2017

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 30.05.2017 wurde bei 1 Enthaltung einstimmig genehmigt.

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 08.08.2017 wurde bei 1 Enthaltung einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Bebauungsplan Nr. 146, 1. Änderung -Deichbrücke/Jadestraße (Wiesbadenbrücke) Erneuter Aufstellungs- sowie Entwurfsbeschluss

248/2017

Herr **Leinert** führte ausführlich in das Thema ein.

Herr **Gerd** (Spar&Bau) stellte die die Wiesbadenbrücke betreffenden Planungen ausführlich vor.

Herr **Dr. Schulte** fragte nach der Größe der Gewerbefläche.

Herr **Gerdes** antwortete, dass genaue Zahlen hier noch nicht genannt werden können. Es werden etwa 20 – 25 % der Erdgeschossfläche als Gewerbeflächen geplant.

Herr **Schön** fragte nach den Wohnungsgrößen und der voraussichtlichen Miethöhe.

Herr **Gerdes** antwortete, dass schwerpunktmäßig 2 – 3 – Zimmer-Wohnungen geplant seien mit Wohnflächen von 50 – 90 m², aber auch einige 4-Zimmer-Wohnungen mit bis zu 120 m². Zu den Mieten könne man zurzeit noch keine genauen Angaben machen, werde diese aber moderat halten. Er rechne mit etwa 7 – 8 €/m².

Herr **Schön** fragte weiter nach der Verwendung der Bootsanleger. Diese wären prädestiniert für die Errichtung eines Museumshafens oder als Liegeplatz für die städtischen Museumsschiffe.

Herr **Gerdes** erklärte, dass diesbezüglich noch keine Planung existiere, man aber für alle Vorschläge offen sei.

Herr **Leinert** informierte, dass die Straßen und Wege von Spar&Bau hergestellt und finanziert werden. Diese werden teilweise öffentlich gewidmet und nach Fertigstellung kostenfrei an TBW übertragen.

Herr **Giesemann** stellte daraufhin den Bebauungsplan ausführlich vor.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 146, 1. Änderung** - DEICHBRÜCKE/JADESTRASSE (WIESBADENBRÜCKE)- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3(1) und 4(1) BauGB. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.2 Bebauungsplan Nr. 151 -Deutsches Marinemuseum- Aufstellungsbeschluss

249/2017

Herr **Dr. Graul** stellte den Bebauungsplan und das Vorhaben des deutschen Marinemuseums ausführlich vor.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808) geändert worden ist, die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 151 -DEUTSCHES MARINEMUSEUM- im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung und mit Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

4.3 Antrag der SPD-Fraktion: "Stopp des Planfeststellungsverfahrens 526/2017 zum Durchbau der Friedenstraße"

Dieser TOP wurde seitens der Verwaltung zurückgezogen.

Beschluss:

-zurückgezogen-

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wilhelmshaven beantragt zur nächsten Ratssitzung, über den VA, folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stoppt das Planfeststellungsverfahren zum „Durchbau der Friedenstraße“.

4.4 Verabschiedung einer Resolution betreffend Fernverkehrsanbindung 270/2017 Wilhelmshaven

Herr **Leinert** stellte die Vorlage ausführlich vor. Er verwies darauf, dass es sich um eine gemeinsame Resolution zusammen mit dem LK Friesland handelt zum Anschluss der ostfriesischen Halbinsel an den Bahnfernverkehr.

Herr **Dr. Schulte** kritisierte die Formulierungen der Resolution. Diese sei in seinen Augen keine solche.

Frau **Breuer** lehnte diese Kritik ab. Die Verabschiedung dieser Resolution sei angezeigt, da diese auch im Landkreis Friesland verabschiedet wurde, wobei sie darauf hinwies, dass die dort verabschiedete Resolution denselben Wortlaut habe.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Der Resolution zur Fernverkehrsanbindung der Stadt Wilhelmshaven und der Region wird zugestimmt.

Die Verwaltung hat den nachstehenden Entwurf einer Resolution zur Thematik „Fernverkehrsanbindung der Region Wilhelmshaven-Wittmund-Friesland“ vorbereitet:

„Die ostfriesische Halbinsel wird durch Bahnverkehr im Westen (NRW/Emsland – Leer – Emden – Norden) und im Osten (Osnabrück/Bremen – Oldenburg – Wilhelmshaven – Esens) erschlossen. Doch während sich die Verbindungen im Westen durch überregionale Anbindung, Elektrifizierung der Strecke und gute Erreichbarkeit der Inseln zu einem qualitativ hochwertigen Angebot entwickelt haben, wird bei den Verbindungen im Osten (Raum Friesland, Wittmund und Wilhelmshaven) eine vergleichbare Qualität nicht erreicht. Vielmehr sind hier aufgrund der fehlenden Fernverkehrsanbindung die Orte auf dem Festland sowie die östlichen ostfriesischen Inseln nur mühsam mit teils mehrfachem Umsteigen zu erreichen, was letztlich dazu führt, dass sich der Bahnanteil bei den Reisenden in der Region auf einem niedrigen Niveau bewegt.

Zudem wird die Bahnstrecke Wilhelmshaven – Oldenburg zurzeit umfangreich ertüchtigt, was die Stadt Wilhelmshaven begrüßt. Gleichwohl kommt es aber aufgrund der langen Bauzeit von mehr als 10 Jahren zu wesentlichen Verlusten in der Attraktivität der Strecke, welche auch durch ein passendes Schienenersatzangebot nicht gemindert werden können. Diese langfristige Qualitätsminderung bedarf eines Ausgleichs durch geeignete Maßnahmen der Attraktivitätssteigerung.

Aufgrund der großen Bedeutung für Wirtschaft (Pendler / Geschäftsreisende) und Tourismus (Tagesgäste / Urlaubsgäste) der Region wurde durch die Verkehrsregion Ems-Jade im Jahr 2016 die Firma ConTrack GmbH aus Hannover beauftragt, Möglichkeiten für eine Verbesserung der Fernverkehrsanbindung im Raum Friesland, Wittmund, Wilhelmshaven herauszustellen. Dieses Gutachten zeigt, dass es mit Hilfe von Flügelungskonzepten oder durch die Verlängerung schon bestehender Zugverbindungen möglich wäre, eine Verbesserung der Fernverkehrsanbindung der östlichen ostfriesischen Halbinsel und dem Oberzentrum Wilhelmshaven zu erreichen. Für eine Realisierung dieser Vorschläge ist eine Elektrifizierung der Bahnstrecke notwendige Voraussetzung, so dass nochmals auf die Bedeutung der zügigen Umsetzung hingewiesen wird.

Auf dieser Basis fordert der Rat der Stadt Wilhelmshaven die Verantwortlichen von Bund, Land und DB auf, Planungen vorzulegen, die zur Verbesserung der Fernverkehrsanbindung führen. Diese Planungen müssen bereits jetzt begonnen werden, um nach dem Ende der Bauarbeiten zügig ein qualitativ hochwertiges Angebot etablieren und dadurch die Nachfrage stärken zu können. In die Planungen einzubeziehen sind dabei die beschlossene Elektrifizierung der Bahnstrecke Wilhelmshaven – Oldenburg sowie die im ConTrack-Gutachten aufgezeigten Möglichkeiten für eine Verbesserung der Fernverkehrsanbindung. Ebenfalls ist ein geeigneter Bahnhof als Fernverkehrshalt für die Anbindung der Inseln bzw. der Strecke nach Esens einzuplanen. Hier bieten sich insbesondere die Bahnhöfe Wilhelmshaven und Sande, z. B. an einem neuen Mittelbahnsteig, an.

In diesem Zusammenhang wird dazu aufgefordert, ein integriertes Zugangebot (IC/RE) mit gemeinsamem Tarif (siehe Norddeich/Bremen) auf der Strecke Wilhelmshaven – Oldenburg (und ggf. darüber hinaus) zu planen und umzusetzen.“

Die Verwaltung bittet um Beratung und ein entsprechendes Votum des Rates.

2. Die Verwaltung wird gebeten, die Verlautbarung den entsprechenden politischen und behördlichen Aufgabenträgern (Bundesverkehrsministerium, Nds. Wirtschaftsministerium, DB, LNVG, MdB und MdL der Region) zu übermitteln.

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Einführung und Anerkennung des Niedersachsentickets im Stadtverkehr Wilhelmshaven ab 01.01.2018

268/2017

Herr **Amerkamp** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Herr **Harms** fragte, welche Kosten dabei entstehen.

Herr **Amerkamp** antwortete, dass die Grundlage der Berechnung für 2018 eine Fahrgasterhebung aus 2013 sei. Einnahmeausfälle der VEJ werden bis zur Höhe von 200.000 € 1:1 erstattet. Für 2019 werden die konkreten Zahlen aus 2018 zugrunde gelegt.

Herr **Rademacher** ergänzte, dass die Anerkennung des Niedersachsentickets begrüßt werde. Hierdurch ergebe sich eine Belebung des ÖPNV. Die den Stadtwerke-Verkehrsbetrieben entstehenden Einnahmeverluste in 2018 durch die Anerkennung des Niedersachsentickets werden voraussichtlich unter 10.000 € liegen.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

1. Die Stadt Wilhelmshaven erteilt, vorbehaltlich der endgültigen Einigung mit den Verkehrsunternehmen des Verkehrsverbundes Ems-Jade über die Anerkennung des Niedersachsentickets auf allen Linien im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), die Zustimmung zu dem Abschluss des Vertrages der Verkehrsregion Nahverkehr Ems-Jade (VEJ) mit der Niedersachsentarif GmbH (NITAG), Hannover (Anlage 1). Für die Anerkennung des Niedersachsentickets wird den Verkehrsunternehmen ein finanzieller Ausgleichsbetrag zur Verfügung gestellt.
2. Das Anforderungsprofil des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) zwischen der Stadt Wilhelmshaven und der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH (SWV) wird gemäß § 3 Abs. 1 Buchstabe b des öDA um den Punkt „Einführung und Anerkennung des Niedersachsentickets im Stadtverkehr“ fortgeschrieben.
3. Der Geschäftsführer der SWV wird angewiesen, die Tarifstruktur der SWV um den Punkt „Niedersachsenticket“ zu ergänzen sowie die technischen und sonstigen Voraussetzungen für die Einführung des Niedersachsentickets ab 01.01.2018 sicherzustellen.

5.2 Erweiterung des Liniennetzes der Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH;
neue Linie 5 ab 01.10.2017

269/2017

Herr **Rademacher** stellte die Vorlage ausführlich vor.

Auf Nachfrage von Herrn Schön erklärte Herr **Rademacher**, dass Anfangs- und Endpunkt der Linie 5 sich außerhalb des militärischen Geländes befänden und die Linie daher auch von normalen Bürgern genutzt werden könne.

Herr **Möhle** fragte, warum der ZOB in der geplanten Linienführung nicht berücksichtigt wurde.

Herr **Rademacher** antwortete, dass seitens der Bundeswehr Wert darauf gelegt wurde entsprechende Verbindungen zu den anderen Buslinien zu haben. Eine Linienführung über den ZOB hätte letztlich Umsteigesituationen geschaffen mit Umsteigezeiten von 10 bis 15 Minuten. Dies hätte die Fahrzeit unnötig verlängert aufgrund der dadurch geschaffenen Verweilzeiten und hätte die Linie unattraktiv gemacht.

Herr **Schön** fragte weiter, ob es entsprechende Wirtschaftlichkeitsberechnungen gäbe.

Herr **Rademacher** antwortete, dass die vierte Einfahrt bereits früher über die Linie 2 angefahren wurde. Mangels Attraktivität und Nutzung habe man dann die Anfahrten zum Stützpunkt eingestellt. Aufgrund der neuen Arbeitszeitverordnung, welche es Bundeswehrsoldaten während der Freiwache nicht mehr gestattet, an Bord bzw. im Stützpunkt zu übernachten

und diese dadurch zwingt, sich entsprechende Wohnungen und Quartiere im Stadtgebiet zu suchen, besteht ein entsprechender Bedarf. Die Wiederaufnahme der Anfahrt des Stützpunktes mit der Linie 2 hätte allerdings zu Fahrgastverlusten aufgrund der veränderten Fahrzeiten geführt. Frau Breuer habe die entsprechenden Zahlen geliefert, und es gibt eine Zahl an Festabnahmen von Fahrten, so dass die Wirtschaftlichkeit im ersten Jahr auf jeden Fall gesichert sei.

Herr **Schön** bat den Ausschuss für Planen und Bauen um Abstimmung.

Beschluss:

-mehrheitlich zugestimmt-

1. Das Anforderungsprofil des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (öDA) an die Stadtwerke-Verkehrsgesellschaft Wilhelmshaven GmbH (SWV) wird gemäß § 3 Abs. 1 Buchst.b des öDA insoweit fortgeschrieben, dass das Liniennetz im Stadtverkehr Wilhelmshaven um die neue Linie 5 (Kaserne Ebkeriege – Marinestützpunkt) ab dem 01.10.2017 erweitert wird.
2. Die neue Linie 5 wird Bestandteil des „Linienbündels Stadtverkehr“ im Sinne des Nahverkehrsplans der Stadt Wilhelmshaven.
3. Der Geschäftsführer der SWV wird angewiesen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Betrieb der neuen Linie 5 am 01.10.2017 aufgenommen werden kann.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Tourismuskonzept - Vorstellung des Entwurfs

Herr **Schön** erklärte, dass es etwas unglücklich sei, dass über das Tourismuskonzept bereits in der gestrigen Ausgabe der Wilhelmshavener Zeitung berichtet wurde. Auch sei die Wortwahl des verantwortlichen Redakteurs zu kritisieren.

Herr **Diers** stellte das Tourismuskonzept in groben Zügen vor.

Herr **Stoermer** erklärte, dass man das Konzept bereits in der Fraktion diskutiert habe und man sehr enttäuscht sei. Man habe erwartet, dass das Konzept als Entscheidungshilfe nutzbar sei, jedoch sind die zu treffenden Maßnahmen gar nicht oder nur sehr ungenau umschrieben. Er fragte, ob zur Erstellung dieses Konzeptes Arbeitsgruppen gebildet worden seien und eine Abstimmung mit der Stadtplanung erfolgt sei.

Herr **Diers** verneinte dies. Das Konzept solle lediglich ein erster Entwurf sein und der Politik und Verwaltung als Diskussionsgrundlage dienen.

Frau **Breuer** bezeichnete das Konzept als Sammelsurium von Ideen und

Vorschlägen und erklärte, dass nun über entsprechende Gespräche festgestellt werden müsse, was man will und was letztlich umgesetzt werden soll.

Frau **Weinstock** führte aus, dass die Vorschläge überlegenswert seien. Es gebe gute Ideen, die weiter verfolgt werden sollten. Als Diskussionsgrundlage sei dieser Konzeptentwurf gut geeignet.

Herr **Leinert** erklärte, dass das Konzept den Eindruck vermittle, dass es keine anderen diesbezüglichen Konzepte und Maßnahmen gebe. Vieles von dem im Tourismuskonzept als notwendig erachtetem sei bereits verwirklicht oder auf dem Wege dahin. Er verwies diesbezüglich insbesondere auf die Wiesbadenbrücke, die Jadeallee und den Banter See Park. Er kritisierte, dass das Konzept bestehende Strukturen ignoriere.

Herr **Harms** sagte, dass erst alles besprochen sein müsse, bevor man – wie beabsichtigt – im Dezember über das Tourismuskonzept beschließen könne. Hierbei sei wichtig, dass auch die Kostenfrage entsprechend erörtert werde. Das angestrebte Ziel der Beschlussfassung im Dezember halte er für zu kurzfristig. Dies gelte auch für den im Konzept vorgestellten Zeitrahmen der Umsetzung möglicher Maßnahmen.

Herr **Dr. Schulte** erklärte, dass er enttäuscht sei. Er habe konkrete Vorschläge erwartet, die es aber nicht gibt. Es müsse zuerst eine Liste möglicher Maßnahmen erstellt werden, worüber man dann diskutieren und beschließen könne.

Frau **Breuer** sagte, dass das Konzept, welches keines im eigentlichen Sinne sei, durchaus Aussicht auf Erfolg haben könne, doch hierfür müssten Prioritäten gesetzt und Maßnahmen konkret genannt werden.

Herr **Diers** verteidigte das Konzept damit, dass bei Nennung von konkreten Maßnahmen seitens der Politik Kritik zu erwarten sei hinsichtlich einer Vorgabe von konkreten Maßnahmen. Er verstehe daher die derzeitige Kritik bezüglich der fehlenden konkreten Vorschläge nicht.

Frau **Weinstock** erklärte, dass dies nur ein Entwurf sei, in welchem viele Möglichkeiten angerissen seien. Die Politik könne sich nun die Positionen heraussetzen, welche man verwirklichen wolle und darüber diskutieren.

Herr **Leinert** kritisierte, dass mit dem Tourismuskonzept ein falsches Image Wilhelmshavens dargestellt werde. Beispielshaft nannte er die gute Zusammenarbeit der Verwaltung mit den entsprechenden Investoren für die Wiesbadenbrücke sowie das trilaterale Wattenmeerzentrum.

Herr **Dr. Schulte** stimmte Herrn Leinert zu und sagte, dass die Situation in Wilhelmshaven in diesem Konzept zu negativ dargestellt wird. Er unterstrich seine Forderung nach einer entsprechenden Liste möglicher Maßnahmen, über die man dann diskutieren und letztlich entscheiden könne.

Herr **Walzner** äußerte Kritik dahingegen, dass Jugendherbergen in dem vorgelegten Konzept nicht auftauchen würden. Diesem widersprach Herr **Diers** und verwies auf die entsprechende Seite. Herr **Walzner** erklärte weiter, dass sich beispielsweise die Schleuseninsel als Campingplatz eignen würde,

eher als die Planungen bei Klein Wangerooge. Man müsse diesbezüglich mit NPorts als Eigentümer der Flächen sprechen.

Herr **Schön** befand das Konzept als zu theoretisch. Auch er vermisse entsprechend konkrete Vorschläge, welche von einem Konzept eigentlich erwartet werden können. Er stellte daraufhin folgenden Antrag der SPD-Fraktion:

„Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, den Entwurf des Tourismuskonzepts Wilhelmshaven / Wilhelmshaven 2022 mit sachkundigen Dritten zu bearbeiten und dem Rat und seinen Gremien erneut vorzulegen. Der vorliegende Entwurf wird lediglich zur Kenntnis genommen.“

Herr **Möhle** erklärte, dass unter dem TOP „Mitteilungen und Anfragen“ keine Anträge zur Beschlussfassung zu stellen seien, dies wäre gemäß Geschäftsordnung inkorrekt.

Herr **Leinert** ergänzte, dass das Konzept in jedem Ausschuss diskutiert werden soll, woraufhin entsprechende Vorschläge und Konkretisierungen in das Konzept eingearbeitet werden. Danach wird das Konzept der WTF-Gesellschafterversammlung vorgelegt und daraufhin dem Rat zur Beschlussfassung.

Herr **Dr. Schulte** führte aus, dass eine Vertagung nicht sinnvoll sei. Es bestehe bezüglich des Tourismuskonzeptes Gesprächsbedarf. Er wiederholte seine Forderung nach einem entsprechenden Maßnahmenkatalog.

Herr **Leinert** erklärte, dass man verhindern möchte, dass ein Beschlussvorschlag dem Rat vorgelegt wird, welcher letztendlich abgelehnt werden würde, was ein fatales Signal an die Öffentlichkeit wäre. Demzufolge solle man in Ruhe darüber nachdenken, wie man konkret mit dem Konzept umgehen will. Es muss letztlich ein Tourismuskonzept zustande kommen, welches geeignet ist, damit auch Fördermittel zu beantragen und zu erhalten. Dies sei allerdings noch ein weiter Weg und die vorgesehene Beratungsfolge ist hierfür zu kurz angesetzt.

6.2 Südzentrale

Frau **Weinstock** fragte nach dem Sachstand bezüglich des Grundstücks der ehemaligen Südzentrale bezogen auf den dort noch befindlichen Bauschutt.

Herr **Leinert** antwortete, dass es sich um ein Privatgrundstück handelt und das Gewerbeaufsichtsamt zuständig sei. Die Eigentümer wurden zur Räumung des Grundstücks aufgefordert.

7 Öffentliche Anhörungen

Mangels Nachfrage fand keine öffentliche Anhörung statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:10 Uhr

Dezernent

Vorsitzende/r

Protokollführer/in